

WISSENSWERK LANDSHUT Das Wissen über das Wissen.

Eine Reihe von Hochschule Landshut, BMW Werk Landshut, Hochschulgemeinde Landshut

Interview mit Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach

im Vorfeld der Wissenswerk-Veranstaltung:

Ein anderer Kapitalismus ist möglich – wie ein Leben nach der Krise gelingt.

Am 15.4.2010 an der Hochschule Landshut, Am Lurzenhof 1, 84036 Landshut.

Prof. Hengsbach, in Ihrem Vortrag beschäftigen Sie sich mit möglichen Konsequenzen aus der Bankenkrise – wie aber waren, und sind, denn die Finanzmärkte eigentlich konstruiert, dass es überhaupt zu dieser Krise kommen konnte? Und warum gab es so gut wie keine Warnungen?

Es gab natürlich schon eine Minderheit von Experten, die das vorhergesehen hat. Auch einige Vertreter der öffentlichen Aufsicht haben auf Fehlentwicklungen hingewiesen. Zum Beispiel auf die ungeheure Kreditausweitung; oder die Tatsache, dass ein Teil der Finanzgeschäfte gar nicht mehr innerhalb des Bankensystems abgewickelt wurde, sondern in Zweckgesellschaften ausgelagert war. Abgeleitete Finanzgeschäfte (Derivate) wurden außerhalb der Börse getätigt – so dass solche Finanzgeschäfte gar nicht mehr transparent waren. Mehr noch: Sie unterlagen nicht mehr der öffentlichen Aufsicht und Kontrolle. Solche Entwicklungen hat man beobachtet, aber eher großzügig darauf reagiert – im Sinne von „Das wird schon gutgehen“.

Wie entstand dieser Fatalismus?

Aus weltanschaulichen Gründen. Dadurch etwa, dass man blind auf die so genannten „Selbsteilungskräfte der Märkte“ vertraut hat. Dadurch, dass man den Staat möglichst vom Marktgeschehen fernhalten wollte. Und vor allem dadurch, dass man an die Informationseffizienz der Finanzmärkte geglaubt hat. Man hielt die Kurse und Preise für authentisch – das war natürlich ein einziges Märchen. Im Verlauf explodierender Kurse hätte man ahnen können, dass darin sehr viel heiße Luft war.

Die Finanzgeschäfte hatten sich also, wie bereits erwähnt, der öffentlichen Aufsicht und Kontrolle entzogen – seit wann eigentlich?

Das war ein schleichender Prozess, der in den 90er Jahren begann. Um das Jahr 2000 platzte bereits die New-Economy-Blase. Anschließend begann ein neuer Aufschwung auf den Finanzmärkten. Das Volumen der Finanzgeschäfte entfernte sich dabei immer weiter von dem der Realwirtschaft. Da hätte man eigentlich sagen müssen: Es kann nicht sein, dass auf den Finanzmärkten Eigenkapitalrenditen von 25% vor Steuern erreicht werden, während in der Realwirtschaft allenfalls 6 bis 7% an Renditen erwirtschaftet werden. Da hätte man eigentlich wissen können, dass das auf die Dauer nicht gut gehen kann.

Und trotzdem wurde nicht gegengesteuert.

Weil die Finanzmanager eben gesagt haben „Bisher ist immer alles gut gegangen“. Die Zukunftserwartungen bei Managern, Investoren und auch beim überwiegenden Teil der Aufsicht waren positiv. Eine allgemeine Euphorie. Dieses Herdenverhalten ist ein Zeichen dafür, dass nicht

mehr auf die Echtheit der Kurse geachtet wird, sondern nur noch auf kollektive Stimmungslagen, die sich wechselseitig bestätigen.

Hat sich da etwas gebessert?

Enttäuschend wenig. Es gab nach der Lehmann-Pleite eine Schocksekunde – als Josef Ackermann bekannte, dass er nicht mehr an die Selbsteilungskräfte des Marktes glaube, und als die Banken den Staat riefen, um sie aus dieser Krise zu retten. Aber diese Schocksekunde ist längst vorbei. Es herrscht der Eindruck: Wir sind nochmal davongekommen. Die Banken sind saniert. Der Konjunkturereinbruch ist überwunden. Die deutsche Wirtschaft boomt. Der Arbeitsmarkt zeigt positive Tendenzen. Die Industrie ist durch die Abwrackprämie gesundet. Die Atomlobby versucht auf die Regierung Einfluss zu nehmen. – Die alten Verhältnisse sind wieder hergestellt, der Staat wird weiterhin erpresst.

Inwiefern?

Die Banken sind gerettet, aber der Staat hat die Kosten der Krise auf die Allgemeinheit übertragen. Ebenso bei der Rettung des Euro-Währungsraumes: Gläubiger und Banken wurden verschont, die Kosten der Ungleichgewichte im Euroraum wurden auf die Allgemeinheit verlagert. Dann der Druck der Energiekonzerne auf die Regierung, der Druck der Autoindustrie mit der Abwrackprämie auf die Regierung. Neuerdings der Druck der Pharmaindustrie auf das Gesundheitssystem. Und der fortdauernde Druck des Bahnkonzerns auf die Regierung mit Stuttgart 21. Man kann nur hoffen, dass der Widerstand erfolgreich ist gegen die starke Komplizenschaft von Staat und Lobbyisten.

Angesichts dessen bleibt Ihr Vortragstitel doch wohl ein frommer Wunsch – oder ist ein anderer Kapitalismus wirklich möglich?

Ja, er ist möglich. Weil ich darauf setze, dass die positive Dynamik des Kapitalismus als Wirtschaftsstil erhalten bleibt. Was den Kapitalismus so destruktiv macht, ist die Schieflage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse: Die Banken verfügen über die Geldschöpfungsmacht, ohne zu berücksichtigen, dass Geld und die Stabilität des Finanzsystems ein öffentliches Gut sind. Sie können nicht dem privaten Gewinnstreben, schon gar nicht privater Gier ausgeliefert sein. Dann die Schieflage der Arbeitsverträge, dass der Arbeitgeber am längeren Hebel sitzt gegenüber den abhängig Beschäftigten. Verhandlungen über Arbeitsbedingungen auf gleicher Augenhöhe zwischen den Tarifpartnern sind eine unbedingte Voraussetzung für eine ausgewogene Einkommens- und Vermögensverteilung. Wenn diese Voraussetzung erreicht würde, wäre das für mich ein anderer Kapitalismus, der demokratisch angeeignet ist.

Welche Autorität soll das bewerkstelligen?

Auf europäischer Ebene gibt es Beschlüsse, die Finanzgeschäfte zu regulieren. Und Deutschland ist sicherlich die stärkste Nation in diesem Raum. Was also in Deutschland an Regulierung gewollt wird, kann sich auf die europäischen Finanzmärkte auswirken. Wo allerdings der Wille fehlt, wird es schwierig, die nächste Finanzkrise zu verhindern. Ob man sich in Deutschland auf die schwarz-gelbe Regierung verlassen kann? Ich halte es für wichtig, dass Gewerkschaften, Umweltbewegungen, Gerichte und Bürgerinitiativen die Entscheidungen der Regierung korrigieren. Das wäre meine Hoffnung: die Regierung, den Staat aus dem Sog der Lobbyisten zu befreien.

Das Interview führte Dr. Alfons Hämmerl